

Energiepolitik

Fragen an die Parteien im Landtag von Baden-Württemberg

Grundsatz: Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit des Stroms

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die Stromversorgung bislang gesichert ist. Ein Problem dabei ist aber der Netzausbau.

Wann wird Offshore-Wind-Strom nach Süddeutschland fließen können?

Wie kann der Widerstand gegen den Ausbau von Überland- oder Erdkabeln überwunden und Akzeptanz erzielt werden?

Sollen die Kosten allein wieder die Verbraucher tragen, statt dass Gewinne in Investitionen fließen?

Gibt es technische Probleme oder Forschungsdefizite (z.B. bei der Hochvolt-Gleichstrom-Übertragung)?

Zwischen Frankreich und Spanien gibt es bereits diese Übertragungstechnik, so dass Solarstrom aus den Sonnengebieten Spaniens nach Frankreich geleitet werden kann.

Von Milliarden EURO - Gewinnen der Großkonzerne war in der Presse des letzten Jahres aufgrund zurückgegangener Strompreise an der Börse zu lesen. Dem steht die gestiegene Abgabe nach dem EEG infolge des starken Ausbaus der Photovoltaik im letzten Jahr gegenüber und soll als alleiniger Grund (z.B. Stadtwerke Karlsruhe) die übermäßige Verteuerung begründen.

Seit Beginn der Preissteigerungswelle sind von Regierungsseite Aufrufe an die Verbraucher erfolgt, die Stromanbieter zu vergleichen und zu günstigeren Anbietern zu wechseln (z.B. Landeswirtschaftsminister Pfister im November 2010, Bundesumweltminister Röttgen im Januar 2011). Der Präsident der Bundesnetzagentur Matthias Kurth hat sogar die Strompreisrechnung aufgemacht und dabei die Gewinnmarge für hoch genug erklärt, die Abgabe nach dem EEG ganz oder zumindest in Teilen aufzufangen. Auch er rief die Verbraucher zum Lieferantenwechsel auf. Bestätigt wird diese Einschätzung durch das von der Fraktionsgeschäftsführung der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Auftrag gegebene Gutachten „Gerechtfertigte Strompreiserhöhungen?“ von Dipl.-Ing. Gunnar Harms.

Reichen die Marktmechanismen aus, den Strompreis auf erträglichem Niveau zu halten?

Wann kommt der freie Markt auch für Heizstrom (Niedertarif- bzw. Nachtstrom)?

Wie soll der Strom bezahlbar bleiben, wenn der Staat selbst die Abgaben ständig erhöht (zuletzt: Kernbrennstoffabgabe)?

Wie werden die durch Abgaben und Preiserhöhungen erzielten Mehreinnahmen verwendet?

Warum werden die Nachtstromnutzer unverhältnismäßig zu den EEG-Abgabekosten herangezogen, obwohl sie gar nicht in den Genuss des teuren Photovoltaikstromes kommen können?

Ist eigentlich bekannt, zu welcher Belastung die Strompreissteigerung für Nachtstromkunden als Großabnehmern führt?

Warum kommen Nachtstromkunden nicht in den Genuss des zu Zeiten des größten Bedarfs z.T. mit negativen Preisen und das noch auf Kosten der Stromkunden abgestoßenen Nachtstroms? Wer könnte da Abhilfe durch Nutzung dieses Angebots schaffen?

Wann wird die EnEV09 im Punkt Nachtspeicherheizungen revidiert, nachdem sich deren Misserfolg abzeichnet und der wachsende Einsatz regenerativer Energien den elektrischen Speicheröfen neue Perspektiven eröffnet?

Wann wird die übermäßige Förderung der teuren und relativ ineffizienten Photovoltaik durch die kostengünstigere und effektivere Windenergieförderung abgelöst? Hier müssen Standorte genannt und für Akzeptanz geworben werden!

Soll mit dem wichtigen Ziel der Elektromobilität der Kauf von Elektro-Autos staatlich gefördert werden, die trotz noch geringer Reichweite gar noch als Stromzwischenpeicher Gewinn bringen sollen?

Wann kommt die Öffnung des Europäischen Markts für Strom?
Erst kürzlich war dies Thema auf dem Gipfel der Regierungschefs. Wir stellen mit dem früheren Ministerpräsidenten Öttinger sogar den zuständigen Kommissar, der das voranbringen könnte. Im Nachbarland Österreich kostet der Nachtstrom die Hälfte von dem bei uns. Auch in Frankreich ist der Strom billiger und zudem fast CO₂-frei (KKWs).

Wann können wir im Oberrheingraben (Metropolregion Europas) Strom aus dem Elsass beziehen?

Die Marktöffnung in der Europäischen Union könnte bei den niedrigeren Preisen der Nachbarstaaten wesentlich zur Preiskonsolidierung beitragen. Stattdessen wurden die Anteile der EDF an der EnBW von der Regierung Baden-Württembergs zurückgekauft.

Geht damit auch die weitblickende Energieforschung am Europäischen Institut für Energieforschung (EIFER), einer gemeinsamen Einrichtung von EDF, EnBW und KIT, in Karlsruhe zu Ende?

Karlsruhe, den 15. Februar 2011

Ulrich Becksmann, Sprecher der Aktionsgemeinschaft
Nachtstromnutzer Karlsruhe

Antworten GRÜNE

Zum Themenkomplex **Stromnetze**:

Auch heute fließt schon Windstrom von Nord nach Süd. Für den perspektivischen Ausbau u.a. der Windkraft muss das Netz jedoch stark ausgebaut werden. Die Netzbetreiber haben den Ausbau lange vernachlässigt. Wir setzen uns dafür ein, dass er jetzt zügig vorankommt. Dafür müssen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort so gut eingebunden werden, dass tatsächlich auch Trassenalternativen diskutiert werden können. So können zügig tragfähige Ergebnisse erzielt werden. Forschungs- und Anwendungsdefizite gibt es noch beim Thema Intelligente Netze und Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsnetze.

Wir GRÜNEN wollen auf Bundesebene einen nationalen Masterplan „Stromnetze 2020 plus“ auf den Weg bringen mit folgenden Kernpunkten:

- Bereitstellung von Mitteln des Bundes für Netzplanung, Förderung intelligenter Netze und Pilotprojekte zum Aufbau einer Hochspannungsgleichstrom-Übertragung für die großräumige Vernetzung der erneuerbaren Stromerzeugung.
- Förderung innovativer Technologien, zum Beispiel durch Ausweitung der Forschung zu intelligenten Netzen und neuer Speicherkapazitäten für Strom und Wärme. Der Ausbau der europäischen Kooperation und von Lastmanagement haben Vorrang vor dem Bau neuer Großspeicher.
- Die Förderung innovativer Speicherlösungen, wie zum Beispiel dem Methanisierungsprojekt, bei dem aus erneuerbaren Energien erzeugter Wasserstoff Methan erzeugt wird, das ins bestehende Erdgasnetz eingespeist werden kann.
- Festlegung anspruchsvoller technischer Standards für "intelligente Zähler". Außerdem ist den Kunden über eine offene, bundesweit einheitliche, Kommunikationsschnittstelle Zugang zu den Messdaten zu geben, so dass diese diskriminierungsfrei für neue Anwendungen der Analyse und Optimierung des Stromverbrauchs genutzt werden können und den Ansprüchen des Datenschutzes genügt wird.
- Die Stromtransportkapazitäten müssen durch einen optimierten Betrieb (zum Beispiel Freileiter-Monitoring) erhöht werden.

Beim Thema **Strompreise** zitieren Sie zu Recht die aktuelle Studie der Bundestagsfraktion der Grünen. Deren Ergebnisse sind: Die Strompreise für Privatkunden dürften zum 1. Januar aufgrund der EEG-Umlage nicht steigen, weil die Einkaufspreise für Strom seit 2008 deutlich gefallen sind. Die Strompreise für private EndverbraucherInnen sind in den beiden letzten Jahren um zehn Prozent gestiegen, während die Kosten für die Versorger im gleichen Zeitraum um 21 Prozent gesunken sind. Durch die angekündigten Preiserhöhungen stellen die Versorger den Kunden 2011 rund zwei Milliarden Euro zu viel in Rechnung. Seit 2006 haben sich die Gewinnmargen der Stromversorger mehr als verdreifacht.

Es ist auffällig, dass die angestammten Versorger ihre Position voll ausnutzen. Sie geben gesunkene Einkaufspreise nicht an die Kunden weiter und nutzen die Anpassung der Umlagen zur Förderung Erneuerbarer Energien (EEG-Umlagen) um Preiserhöhungen durchzusetzen und die eigenen Gewinnmargen zu erhöhen.

Auch mit der **Brennstoffabgabe** finanziert die Atomkraft nicht einen Bruchteil der Kosten, die sie der Allgemeinheit zum Beispiel durch das Thema Endlagerung aufbürdet. Unseres Erachtens ist sie daher nicht zu hoch, sondern zu niedrig.

Wir wollen die Nutzung der **Atomkraft** geordnet und schnell beenden. Die Einseitigkeit der Stromproduktion in Frankreich, das sich ganz auf die Atomkraft verlassen hat statt die Erneuerbaren Energien zu fördern, ist nicht dazu geeignet, unser Stromreservoir der Zukunft zu sein. Zudem ist Deutschland seit Jahren bereits Stromexporteur.

Die Atomkraft wird Ihre Probleme als NachtstromheizungsbesitzerInnen nicht lösen. Dass es kaum Stromanbieter außerhalb des örtlichen Anbieters gibt, die billigere **NT-Tarife** anbieten, ist für NachtstromheizungsbesitzerInnen problematisch. Die nachhaltigste Lösung hierzu ist, diese ineffiziente Technik bei den anstehenden Erneuerungen der Heizungsanlagen zu ersetzen. Uns ist bewusst, dass hierzu sehr große Investitionen notwendig sind. Dennoch gehen viele GebäudebesitzerInnen, sofern sie nicht durch unsinnige Auflagen in veralteten Bebauungsplänen daran gehindert werden, diesen Weg. Die Zuschüsse, die bisher über Bundesprogramme beim Austausch beantragt werden können, sind sicher deutlich zu gering.

Wir GRÜNEN in Baden-Württemberg schlagen keine Kaufprämie für **Elektroautos** vor, sondern einen Ausbau der Forschung im Bereich Elektrochemie / Batterietechnologie und anderen Speichertechnologien. Nachtstromheizungen sind keine effiziente Form der Energiespeicherung. Aber auch bei der Speicherung dürfen wir keine Energie verschwenden, wenn wir eine nachhaltige Energieversorgung erreichen wollen.

Die Verschwendung von 5 Mrd. Euro am Parlament vorbei für den Verkauf von 45% der **EnBW-Aktie** durch den amtierenden Ministerpräsidenten Stefan Mappus halten wir für falsch.

In den letzten beiden Jahren hat vor allem die sprunghafte Entwicklung beim Solarstrom zu einem wesentlichen Anstieg der **EEG-Umlage** zum 01.01.2011 auf 3,5 Cent/kWhStrom geführt. Nicht das EEG an sich, sondern vor allem das Hin und Her der schwarz-gelben Koalition bei der Kürzung der Vergütung für Solarstrom war hierfür die Ursache.

Volkswirtschaftlich gesehen ist das EEG weiterhin ein großer Erfolg: 340.000 Arbeitsplätze, Investitionen von ca. 20 Mrd. Euro jährlich, Vermeidung von knapp 6 Mrd. Energieimportkosten, 1,7 Mrd. Euro CO₂-Kosten sowie 8 Mrd. Euro weiteren Umwelt- und Gesundheitskosten. Erneuerbare Energien senken sogar den Strompreis: Immer wenn viel Wind weht oder die Sonne scheint, wird weniger Strom aus teuren fossilen Kraftwerken abgerufen. Dieser „*Merit-Order-Effekt*“ senkte allein 2008 die Beschaffungspreise für die Stromhändler um bis zu 4 Mrd. Euro.

Aktionsgemeinschaft Nachtstrom-Nutzer-Karlsruhe • Sprecher Ulrich Becksmann
Am Kegelsgrund 26 • 76229 Karlsruhe • Telefon 0721 - 462638
Email: mail@nnka.de Web: www.nnka.de

Die EEG-Umlage wirkt als Umlage und belastet die Verbraucherinnen und Verbraucher, und somit auch die BesitzerInnen von Nachtstromheizungen, nach ihrem Verbrauch.

Wir setzen uns für einen konsequenten Ausbau der **Windenergie** ein, mit dem mittelfristig 10% des landesweiten Stromverbrauchs gedeckt werden können. Wir wollen die Blockade lösen und das Landesplanungsgesetz ändern: Statt nur Vorrang- und Ausschlussgebiete für Windkraft wollen wir auch Vorbehaltsgebiete grundsätzlich vorsehen. Regionalpläne, in denen ungeeignete Vorranggebiete für Windkraft ausgewiesen sind, sollen nicht mehr zugelassen werden. Zudem wollen wir Anlagenstandorte außerhalb bestehender Vorranggebiete planerisch sichern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Altanlagen möglichst bald durch moderne, leistungsfähigere Windkraftanlagen ersetzt werden können. Baden-Württemberg ist für die Windkraft absolut geeignet. Dies zeigt selbst der Windatlas der bisherigen Landesregierung.